

Peter-Ulrich Wendt:

„Blinder als blind ist der Ängstliche“¹

„Die Politik muss die Jugendarbeit
als große Chance für das Gemeinwesen erkennen“

Während meines Seminars „Quo Vadis Jugendarbeit?“ haben sich Student*innen der Sozialen Arbeit näher mit der Fragestellung auseinandergesetzt, welche Bedeutung (offene) Kinder- und Jugendarbeit im Gemeinwesen für sie persönlich hat(te). Bei der Betrachtung ihrer Bedeutungszuschreibungen ist deutlich geworden, wie eigene Erfahrungen und Sozialisationsbedingungen zu z. T. sehr differenten Ansichten zum Thema führten, zu dem zunächst weitgehend übereinstimmende Auffassungen (z. B.: „Kinder- und Jugendarbeit ist gesellschaftlich anerkannt“) formuliert wurden. Dazu drei Beispiele:

- *A* wuchs in einem Berliner Plattenbau-Kiez auf, von dem sie sagt: Hier „fehlte Jugendarbeit mit einem präventivem Charakter“. Erst 2004 öffnete das „Kinderzimmer“ seine Pforten: „Das sozialräumliche und niedrighschwellige Projekt arbeitet einzelfallbezogen und präventiv im Feld der Hilfen zur Erziehung. Psychosoziale und beratende Elternarbeit, Freizeitangebote für die Kinder und Jugendlichen, Unterstützung bei schulischen oder persönlichen Problemen gehören zu dessen Eckpfeilern. (...) Eine niedrig-

schwellige Anlaufstelle für Kinder mit Raum für bedarfs- und altersgerechte Kommunikation (auch) über Sexualität und deren Grenzfälle, schätze ich nun als angehende Sozialarbeitende als unabdingbar und sehr wichtig für das Gemeinwesen an sich, ein. Prävention kann aus meiner Sicht nur sichergestellt werden, wenn die verschiedenen Bildungs- und Freizeiteinrichtungen im Schulterschluss präventive Angebote verfolgen, und so mehr Schutz für die Kinder und Jugendlichen im Sozialraum, z.B. vor sexualisierten Übergriffen, erzielt werden kann.“

- *B* lebte seit dem 13. Lebensjahr in einem 1.000-Seelen-Dorf in der Börde Sachsen-Anhalts, der ihre Entwicklung positiv beeinflusst hat: Die dort vom Pfarrer geleistete Jugendarbeit „brachte Jugendliche aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten zusammen. Es wurde ein Raum außerhalb der Schule geschaffen, der für Kontinuität in der Tagesstruktur sorgte. Und zu dem ein Ort des Vertrauens wurde, in dem man sich mit seinen Problemen an die Gruppe oder an den Pfarrer selbst wenden konnte. Des

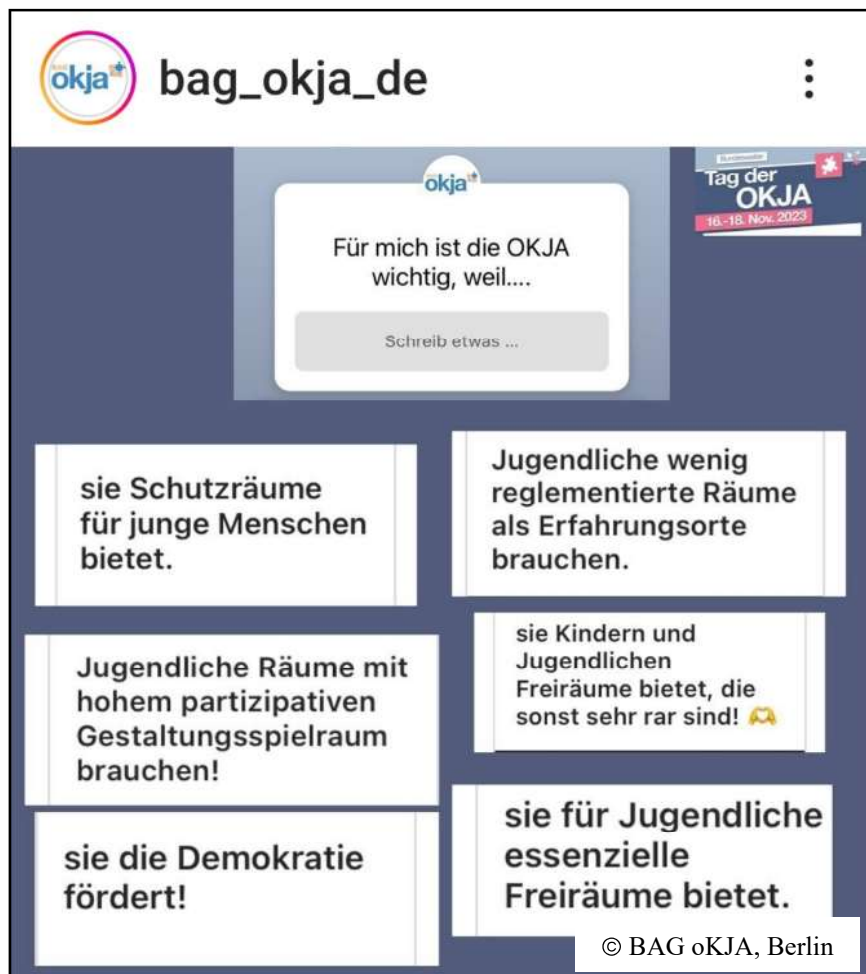
Weiteren entstand ein Ort, der für die Zusammenkunft von Jugendlichen einer Gemeinde sorgte, die sich in mehrere kleine Dörfer unterteilt. Es entstand also ein Netzwerk an sozialen Kontakten in der Gemeinde. (...) So entstand ein Zusammentreffen einer weiteren Generation innerhalb der Gemeinde. Zusammenfassend sehe ich die Bedeutung der Jugendarbeit im Gemeinwesen als wichtigen Aspekt, um verschiedene gesellschaftliche Schichten innerhalb einer Gemeinde zu vereinen.“

- C wuchs in einer Kleinstadt im Harz auf. Rückblickend versteht sie, „was eine einzelne Person in einer Jugendgruppe bewirken kann. Streetwork hat viele Facetten und sollte meiner Meinung nach ein fester Bestandteil in jeder Gemeinde werden. Wichtig hierbei ist es, zu wissen, welche Interessen Jugendliche haben, und an welchen Orten sie sich aufhalten. Durch eigene Lebenserfahrung und der Bereitschaft, Andere daran teilhaben zu lassen, konnte ein einzelner Sozialarbeiter auf einige Jugendliche einen großen Einfluss haben. Da sich mit der Zeit einige Jugendliche regelmäßig mit dem Streetworker trafen, wurde eine Verbindung aufgebaut, von der auch die Gemeinde profitierte. (...) Ich denke, dass diese Berufsform ein wichtiger und notwendiger Bestandteil der Jugendarbeit im Gemeinwesen sein sollte.“

Die Student*innen bilanzierten ihrer Erfahrungen und Erwartungen wie folgt: „Jugendarbeit im Gemeinwesen hat, unabhängig vom Elternhaus und der Peergroup, die Chance, nicht genutzte Ressourcen zu erkennen und zu stärken. Somit können sich Einflüsse der Jugendarbeit positiv auf das Gemeinwesen auswirken.“ Jugendarbeit im Gemeinwesen sei aus ihrer Sicht „unabdingbar“. Ihre Lebensläufe zeigten, „welchen Einfluss die Jugendarbeit im

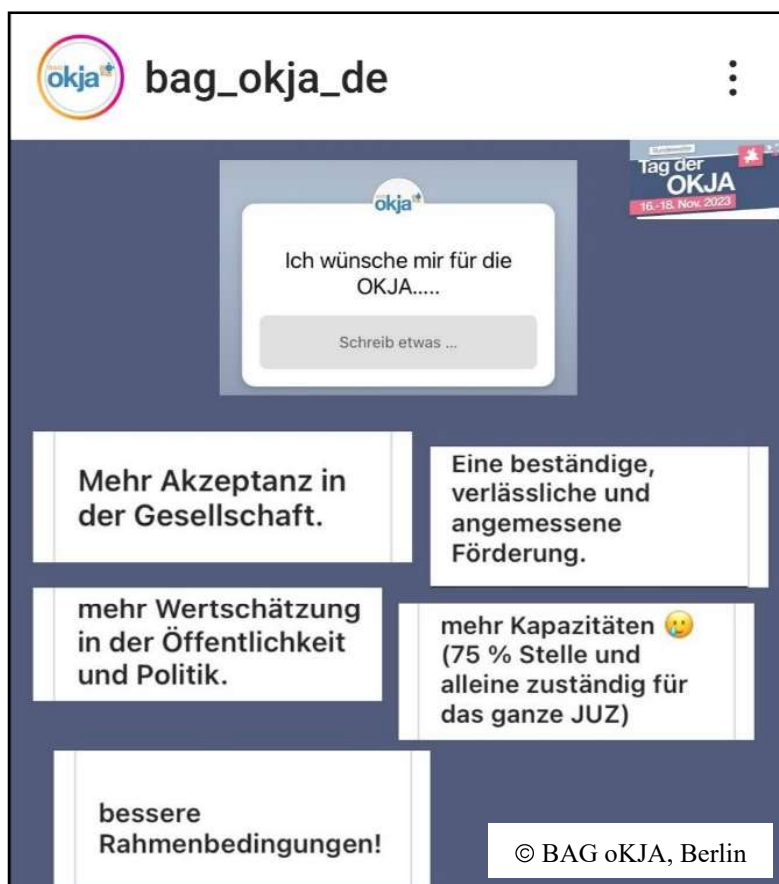
Gemeinwesen auf die Zukunft jedes Menschen haben kann“; daher: „Die Politik muss die Jugendarbeit als große Chance für das Gemeinwesen erkennen und zugleich die dafür nötigen Fördermittel bereitstellen.“

Einer solchen Idee (Anerkennung, Fördermittel bereitstellen) folgte offenbar auch die Bundesarbeitsgemeinschaft offene Kinder- und Jugendarbeit (BAG oKJA), die vom 16. bis 18. November 2023 bundesweit „erstmalig alle Jugendzentren, Jugendhäuser, offenen Treffs und andere Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ aufgefordert hat, sich – sowohl zentral als auch dezentral – an „verschiedene(n) Aktionen zur Sichtbarmachung und Anerkennung“ des Handlungsfeldes zu beteiligen (Instagram-Post). Bedankt hat sich die BAG oKJA anschließend (in einem weiteren Instagram-Post) für „einen bedeutsamen und großen Schritt“, der der „Wahrnehmung und Sichtbarmachung der OKJA in der Öffentlichkeit“ gedient habe (wozu zwei Grafiken gepostet wurden, die die Bedeutung der offenen



Kinder- und Jugendarbeit unterstreichen und – offenbar typische – Erwartungen aus dem Handlungsfeld heraus zum Ausdruck bringen sollten).

Es handelte sich um eine löbliche Aktion mit offensichtlich überschaubarem Effekt: in dem von mir selbst beobachteten sozialen Raum (geografisch von Bautzen bis Bad Kreuznach, Kiel bis Landshut) hat sich kaum etwas gezeigt, was der Aktion zugeordnet werden konnte, und auch die Resonanz in den sozialen Medien war übersichtlich.



Gleichwohl: Sichtbar wurde (erneut) die doppelte Forderung nach Teilhabe: einerseits als Teilhabe junger Menschen an den sie betreffenden Angelegenheiten, andererseits als Teilhabe der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen der sie, ihr Handlungsfeld und ihren Status im System der sozialen Daseinsvorsorge betreffenden Politik(en).

Aufgabenstellung

Ein so formuliertes Verständnis von Teilhabe liegt vor allem an der Schnittstelle von Kinder- und Jugendarbeit als Sozialer Arbeit und dem Umgehen mit der Klimakatastrophe (von der ihre Ziel-

gruppen im Besonderen betroffen sind) deutlich. Hier wird über die Zukunft (auch) junger Menschen entschieden. Sagen lässt sich, dass die damit gegebene politische Lage „neue Narrative, neue politische Idee, neue aktivistische Wege“ verlangt². Damit wird die politische Qualität, die sich (auch) für die (offene) Kinder- und Jugendarbeit stellt, offensichtlich: Die 2. „Leipzig-Charta“ (2020) hat die „transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl“ ins Zentrum gerückt. Ziel „gemeinwohlorientierter Stadtentwicklungs-

politik“ müsse es sein, Dienstleistungen und Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen, die „inklusiv, bezahlbar, sicher und für alle verfügbar sein“ sollen. Die Kommunen wurden „als zentrale Akteure bei der Gestaltung des Wandels sowie der Wahrung und Vertretung des öffentlichen Interesses im Sinne des Gemeinwohls anerkannt“. Dazu wurden dies übersetzende Handlungsziele diskutiert, z. B. die sozialräumliche Segregation abzubauen, Umweltgerechtigkeit zu schaffen und dabei v. a. die Teilhabe der Bürger*innen zu gewährleisten – mit hin Ziele, die auch für die Kinder- und Jugendarbeit selbstverständlich sein können und für deren Verwirklichung eine Politik und Praxis im Gemeinwesen erforderlich wäre.

Im Kontext dieses kommunalen Gestaltungsrahmens geht es damit um eine Strategie, die Herausforderungen und Möglichkeiten kommunal(politisch)en Handelns zu klären, eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung zu entwickeln, die zugleich der ökologischen Krise begegnet und mit der Forderung nach umfassender Demokratisierung des städtischen Lebens als *Recht auf Stadt für alle* verknüpft ist, was neue Formen der Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, lokalen sozialen Bewegungen, NGOs und städtischen Administrationen zur Folge haben wird. Erfahrung haben in dieser Hinsicht bereits die sog. Sanctuary Cities (Städte der Zuflucht) oder die Solidarischen (teils auch Rebellischen) alternativen Städte (z. B. in Augsburg, Osnabrück oder Hamburg kommen Menschen, die

sich für ein Bleiberecht für alle, z. B. für Geflüchtete, einsetzen, mit Menschen zusammen, die das Recht auf Stadt, z. B. für erschwierigen Wohnraum, einfordern). Ein Merkmal Solidarischer Gemeinwesen ist, dass – neben dem Engagement z. B. in Nachbarschaftshilfen, Stadtteilinitiativen und Solidaritätsgruppen – die Kommunalverwaltungen in den Fokus rücken und die kommunalrechtlich gegebenen Gestaltungsspielräume umfassender genutzt werden, in rein kommunalen Angelegenheiten eigene Regeln zu erlassen. Dabei arbeiten kommunale Einrichtungen (Politik und Verwaltung) und zivilgesellschaftliche Initiativen an neuen Punkten zusammen. Solche Konzepte des (neuen) Munizipalismus können als Face-to-face-Demokratie verstanden und hier die klimapolitischen Fragestellungen mit den Themen Armut und sozialer Ausgrenzung verknüpft werden. Lokal werden Gleichheit oder Ungleichheit, Versorgung oder Armut, Zugehörigkeit oder Verdrängung (also auch Themen junger Menschen) erlebt, hier können Menschen neue Formen der Organisierung ihrer Interessen und Teilhabe ausprobieren, um sich konkret einzumischen, wo sie sich auskennen (vgl. dazu insg. – mit weiteren Nachweisen – Wendt 2022b). Strategisch wie taktisch liegen damit Anknüpfungen an Konzepte wie den Movement Action Plan (vgl. z. B. Moyer 2001), das Community Organizing (vgl. Wendt 2016) oder direkte Aktionen (vgl. Graeber 2013) nahe – also Konzeptionen zur Nutzung des Gemeinwesens als *Arena* politischer Kontroversen, an denen die Kinder- und Jugendarbeit derzeit nahezu unbeteiligt ist.

Was kann das das für die Kinder- und Jugendarbeit bedeuten? Um es kurz zu machen: Es bedeutet eine Infragestellung des bisher entwickelten Politikkonzepts und eine Überwindung ihres weitgehend de-politisierten Status'. Es empfiehlt sich immer wieder neu, die in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren entwickelten Beiträge in den einschlägigen Fachzeitschriften zur Hand zu nehmen, um den großen Schatz einer kapitalismuskritischen, emanzipatorischen Theorie der Kinder- und Jugendarbeit zu heben (der auch eine grundlegende Betonung des Gemeinwesens als zentralem Ort der Kinder- und Jugendarbeit einschließt). Solche politischen (Aktions-) Vorstellungen wirken der Sozialen Arbeit insgesamt und

der Kinder- und Jugendarbeit im Besonderen offenbar über die kleinteilige Bearbeitung der alltäglichen Integrations- und Krisenbewältigungsaufträge abhandengekommen.

Stattdessen geht es v. a. um (teils „klassische“, teils vernachlässigte) Aufgabenstellungen, die ihre *politischen* (!) Möglichkeiten und methodischen Stärken wieder herausfordern. Es geht darum, *Bühnen* durch Aktionen im öffentlichen Raum zu schaffen, die kreativ relevante Themen junger Menschen vor Ort erfahrbar machen und in die allgemeine Wahrnehmung rücken, sei es durch flashmobs, Straßentheater u. ä., direkte Aktionen (symbolische wie faktische Besetzungen u. a.) oder konfliktorientierte Verfahren sowie (Gegen-) Öffentlichkeit: Sich zeigen, öffentlich präsent zu werden, stellt nicht nur eine Ermutigung für junge Menschen dar, die sonst unbeachtet bleiben, sich und ihre Interessen zu artikulieren. Es handelt sich auch um eine systematische Beeinflussung der lokalen Öffentlichkeit, um im Gespräch unter Bürger*innen oder durch digitale Formen (z. B. soziale Netzwerke) Botschaften über Gehörtes, Gesehenes und Erfahrenes in Umlauf zu bringen (Storytelling), denn es gilt, dass Menschen Inhalte und Themen, die in Geschichten „verpackt“ werden, lieber hören, sich besser merken und auch eher weiter erzählen werden. So entsteht ein Raum zum Berichten und zum Besprechen.

Theoretisch lässt sich damit also sagen, dass es sich (in beiden Perspektiven: junge Menschen und Kinder- und Jugendarbeit selbst) um eine politische Arbeit handeln muss, die teilhabermächtigend, konfliktorientiert und direkt ist und das Gemeinwesen als *Arena* fokussiert, in der die Teilhabe von (einflusssschwachen) Menschen (z. B. Kindern und Jugendlichen) umfassend auskämpft und die Gestaltung der Bedingungen Einfluss genommen wird, lokal gegen die Klimakatastrophe vorzugehen.

Praxis

Im Rahmen einer Untersuchung³ habe ich dazu auch Fachkräfte der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit u. a. dazu befragt, ob es in ihrem Handlungsfeld ein Bewusstsein für eine so formulierte Herangehensweise gibt, eine auf das Gemeinwesen bezogene Soziale Arbeit im Allgemeinen und

Kinder- und Jugendarbeit im Besonderen zu entwickeln. Aus dem Material ergeben sich dazu vier Dimensionen, die das Gemeinwesen als politischen Ort (1.) und die dort tätigen Akteur*innen (2.) sowie die allgemeine Herangehensweise (3.) und die konkreten Taktiken in der politischen Arena (4.) betreffen und folgende bilanzierenden Feststellungen erlauben:

1. Zu fragen ist, ob (und wie) das Gemeinwesen als Ort dieser parteinehmenden Unterstützung ausgewiesen ist. Es kann als Bühne der unterschiedlichen Interessen und Akteure z. B. in der lokalen Bearbeitung der Klimakatastrophe verstanden werden, und die Kinder- und Jugendarbeit könnte auf dieser Bühne mitspielen. Die Aussagen der befragten Fachkräfte zeigen aber, dass das politische Thema der Klimakatastrophe zwar präsent ist und auch Eingang in den beruflichen Alltag gefunden hat, aber (noch) nicht die (politische Handlungs-) Praxis bestimmt.

Beispiel zu 1: Ein Gemeinwesen als „sozialer Raum, in dem sich Menschen bewegen“, schließt für *Fred* „jede Menge ein. Das sind natürlich zum einen die Menschen, die dort wohnen, zum anderen aber auch die Menschen, die sich dort bewegen, die Menschen, die dort miteinander interagieren“. Ein Gemeinwesen „ist ein hochkomplexes Konstrukt, dass sich gefühlt jeden Tag ändert“, weil immer wieder neue Akteur*innen auftreten. Er beobachtet, dass sich ein Gemeinwesen „auch oft separiert. Da gibt es Gruppen, die als störend wahrgenommen werden, und Gruppen, die als legitimiert wahrgenommen werden.“

2. Zu fragen ist, welche Akteur*innen auf dieser Bühne eine Rolle spielen: Die Aussagen der befragten Fachkräfte zeigen, dass sich Kooperationen im Gemeinwesen auf Partner*innen (insb. aus der Sozialen Arbeit selbst) beschränken, mit denen schon immer zusammengearbeitet wird; neue Kooperationspartner werden kaum erschlossen. Die Zusammenarbeit z. B. mit dem globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC, den Klimaschutz-Aktivist*innen von extinction rebellion, der Kampagnen- und Projektplattform Campact oder Berufs- und

Fachverbänden und (unabhängigen) Gewerkschaften spielen keine Rolle.

Beispiel zu 2: Für *Kurt* ist es entscheidend, „dass man einmal das Gemeinwesen an sich wahrnehmen muss, wer da als Gruppe ist, und im professionellen Bereich auch zu gucken: Wie geht das zusammen?“ Das Netzwerk ist dann für ihn „ganz wichtig im professionellen Bereich, um in der Kommune zu schauen: Wie kriegt man Interessen zusammen?“ Diese Netzwerkanbindung „ist manchmal auf wenige Personen beschränkt, da sind wir schon relativ gut dran, um sehr viele verschiedene Zugänge zu haben, zu Gruppen.“ Ein Forum aller örtlichen Bildungsträger, der Jugendbeirat oder das Flüchtlingshilfenetzwerk seien Orte, wo „man die Feedbacks mitgeteilt (bekommt), wo es klemmt, wo es knirscht, wo es gut ist. Das kann man auch wieder transportieren, damit es die anderen auch mitbekommen. Dadurch werden sie auch ein Teil (vom Ganzen, PUW) sozusagen“. Das schaffe Gemeinschaft, „es ist connected. Im Prinzip geht es darum, in eine Ortsgemeinschaft, in dieses System zu schauen, wie ich die Verbindungen zu den Menschen schaffe.“

3. Nachhaltiges (d. h. *parteiliches*) Verwirklichen von Interessenlagen junger Menschen im Gemeinwesen setzt politische Herangehensweisen (Strategien) voraus. Die vorliegenden Aussagen der befragten Fachkräfte lassen erkennen, dass darüber (jedenfalls grundsätzlich) Einigkeit besteht. Es bleibt zu fragen, wie solche politischen Herangehensweisen aussehen könn(t)en. Solche Herangehensweisen stellen eine Ausnahme dar. (Insbesondere konfliktorientierte) Politikfeldanalysen fehlen generell. Politik erscheint erkennbar als schwieriges Terrain, geprägt durch starke Akteur*innen (Bürgermeister*innen) und eher unwisende bis inkompetente Kommunalpolitiker*innen. Das darauf bezogene Handeln der Fachkräfte im politischen Raum erfolgt in der Regel passiv (reagierend), nicht aktiv; es wird deutlich, dass sie ganz offenbar in der Regel über kein politisches Handlungskonzept verfügen, das erkennbar wäre oder ausgearbeitet

sein könnte. Von den sich auf kommunaler Ebene vielfältig bietenden Möglichkeiten der Skandalisierung, Mobilisierung und Thematisierung alternativer Konzepte, die sich aus einer Zusammenarbeit mit den neuen Akteuren (siehe oben) ergeben könnten, sprechen die befragten Fachkräfte nicht.

Beispiel zu 3: Für *Tim* ist es zunächst erforderlich, „eine klare politische Analyse“ zu haben, was auch bedeute, sich von einer Vorstellung zu verabschieden, dass der Stadtteil „eine homogene Masse ist, dass es verschiedene Akteure gibt und ich die nur irgendwie alle an einen Tisch bringen muss“. Stattdessen ist es „wichtig, einen konfliktorientierten, parteilichen Ansatz zu haben, der auch deutlich sagt: Lasst uns sie erst mal angucken, wer wie artikulationsfähig ist und wer welche Ressourcen hat, sich so einzusetzen –, dann kann man darüber reden in Verhandlungen und in Runde Tische gehen, aber erst, wenn ich die Leute auch ermächtigt habe, sich einigermaßen gleichberechtigt einsetzen zu können.“

4. Taktiken sind Instrumente, die in dem hier relevanten Zusammenhang helfen können, wie die Fachkräfte politische Strategien umzusetzen; zu fragen ist deshalb, welche Ansätze für Taktiken der politischen Akteursschaft entwickelt werden. Offenkundig ist, dass es um Macht geht, aber unklar bleibt, wie es „geht“, die eigene Machtlosigkeit zu überwinden und (z. B. im Sinne des community organizing) mächtig zu werden. Im Material finden sich nur wenige (schwache) Hinweise. Durchgesetzt hat sich das Wissen, dass dabei können im Gemeinwesen verankerte (Schlüssel-) Personen helfen können. Es sind Akteur*in-nen, „bei denen viel zusammenfließt. die einen gewissen Geltungsbereich oder Einflussbereich haben“, wie eine Fachkraft es ausdrückt. Zu den etablierteren Taktiken zählt auch der Versuch, medial öffentliche Meinungsprozesse (durch Presse, social media, informelle Öffentlichkeitsarbeit) zu beeinflussen. Insgesamt dominiert ein taktisches Vorgehen, dass sich als Informieren, Vermitteln und medialer Präsenz darstellt, eine aktive Einflussnahme in der

örtlichen politischen Arena jedoch kaum etabliert ist.

Beispiel zu 4: *Karl* berichtet von einer Frau, die ihm „den Transfer ermöglicht in das Viertel rein. Meine Anliegen werden in ihrer Sprache ins Viertel transferiert, das ist der unschlagbare Vorteil. Sie ist Goldstaub: Ich komme an meine Grenzen in Sprache und Wissen und sie hat ein Expertinnenwissen, das sie mit einbringt, und eine geduldige Art, dies den Bürger*innen zu vermitteln. Sie transferiert das in einer Form leichter Sprache. Diese Übersetzungsleistung leistet sie mir mit einer Engelsgeduld, das ist unbezahlbar“; ohne diese Frau und ihre Übersetzungsarbeit „wäre das Projekt nie so weit“ gekommen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass (bei den befragten Fachkräften) zwar einerseits ein Bewusstsein für die Relevanz des Gemeinwesens als Bühne – weniger als Arena – der unterschiedlichen lokalen Interessen erkennbar ist. Festgestellt werden kann aber andererseits auch, dass eine deutliche Unklarheit über die daraus folgenden Strategien und Taktiken vorherrscht. Von *Max Frisch* stammt die dazu angemessene Einschätzung: „Wer sich nicht mit Politik befaßt, hat die politische Parteinahme, die er sich sparen möchte, bereits vollzogen: er dient der herrschenden Partei“⁴.

Soziale Arbeit wird mit Emanzipation und damit mit Teilhabe und Empowerment verbunden, und Empowerment kann – als Aspekt ihres Wesenskerns – als die Be-Mächtigung machtloser Menschen in herrschenden Verhältnissen beschrieben werden (vgl. Wendt 2020); es bleibt bei dem „alten“ Anspruch, durch eine Kritik von Macht- und Herrschaftsverhältnissen (die die Entfaltung der Persönlichkeit und Emanzipation sowohl der Zielgruppen als auch der Akteure der Sozialen Arbeit behindern, einschränken oder verunmöglichen) einen Beitrag zu leisten, solche Verhältnisse zu verändern und zu überwinden. Hierauf gründet ein *Verständnis des Gemeinwesens als Arena der Aushandlung unterschiedlicher Interessen*.

Dieses Verständnis steht in Wechselbeziehung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen

Soziale Arbeit mit speziellen Aufträgen (z. B. Prävention und Aktivierung), besonderen Erwartungen (z. B. Wirtschaftlichkeit, Wirkung) und einordnenden Zuschreibungen (z. B. Bewältigung sozialer Konfliktlagen und Spannungen) konfrontiert ist. Die Prekarisierung vieler Arbeitsverhältnisse in der Kinder- und Jugendarbeit, die politisch formulierten Integrationserwartungen (eine sozialpolitische Feuerwehrfunktion zu übernehmen) u. ä. sind eben als Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit allgemein und der Kinder- und Jugendarbeit im Besonderen unter den herrschenden neoliberalen Verhältnissen zu verstehen, was unter den Bedingungen der Covid19-Pandemie noch einmal besonders deutlich geworden ist⁵.

Dagegen in der Arena Gemeinwesen *Widerstand* zu leisten, heißt, „offensiv zu widersprechen, Stellung zu beziehen, die andere Seiten mit den eigenen Vorstellungen, mit Kritik und Forderungen zu konfrontieren, und zwar so, dass der Widerspruch tatsächlich auch zu Tage tritt und erkennbar wird“ (Ufo 2012: 19). Widerstand aber ist die Sache der Sozialen Arbeit und speziell der Kinder- und Jugendarbeit nicht (was sich in nahezu allen Gesprächen mit den befragten Fachkräften zeigt). Selbst prekäre Arbeitsbedingungen werden zwar nicht klag-, aber meist folgenlos hingenommen. Aufrufe zur Widerständigkeit (vgl. grundsätzlich Bettinger 2013, Seithe 2013) blieben weitgehend folgenlos. Die Corona-Krise hat diese Bedingungen weiter verschärft, ohne zu einer Haltung der Widerständigkeit zu führen. Kritik an den Verhältnissen – so überhaupt – verbleibt in der Regel als Bemühen um eine pragmatische (durchaus reflektierte) Systemverbesserung (bessere Bezahlung, bezahlte Praktika u. a.), stellt also die Verhältnisse nur selten wirklich in Frage oder bedient sich kaum wirklich radikaler(er) Formen.

Darin wird ein *zentrales* Problem der wissenschaftlichen Qualifizierung von Fachkräften der Sozialen Arbeit insgesamt erkennbar, die sich zwar stark in der Vermittlung von Theorien zur Sozialen Arbeit präsentiert, die praktischen Fragen der Sozialen Arbeit in der Durchsetzung von Interessen freilich mehr und mehr aus dem Blick zu verlieren scheint. Die Befassung mit dem Gemeinwesen, mit den politischen Prozessen dort, den erforderlichen Strategien und Taktiken

politischer Akteur*innenschaft spielt in den Curricula der Hochschulen kaum eine Rolle; nur noch ein sehr überschaubarer Kreis wirklich gemeinwesen- und politik„gestählter“ Praktiker*innen lehrt dort praxisgesättigt Soziale Arbeit im Gemeinwesen. Mit reiner Bezugswissenschaftlichkeit (die sich v. a. in „reiner“ Pädagogik, Soziologie und Psychologie zeigt) ist es hier jedenfalls nicht getan. Die schwache politische Selbstvertretung, z. B. in Fachschaftsräten u. ä. (mit teilweise erschreckend niedrigen Beteiligungsquoten bei den Gremienwahlen), und die ausgeprägt apolitische Fokussierung vieler Student*innen der Sozialen Arbeit bei der Ausrichtung ihres Studiums sind nur die sichtbare Konsequenzen dieser bezugswissenschaftlich bedingten Fehlaurichtung des Studiums der Sozialen Arbeit: die Unfähigkeit zur politischen Teilhabe ist viel grundlegender und betrifft eine erst noch zu entwickelnde Praxis, die sich aber meist nur im vehementen – tätigkeitslosen – Beklagen prekärer Arbeitsbedingungen erschöpft.

So zeigt sich in weiten Teilen also nicht grundlos eine politisch verzerrte Soziale Arbeit im Allgemeinen und eine (offene) Kinder- und Jugendarbeit im Besonderen, die zwar beredt klagen kann, sich jedoch überwiegend unfähig erweist, in politischen Dimensionen gegen die herrschenden Verhältnisse widerständig zu *agieren*. Die doch ehrlicherweise nur begrenzte Resonanz auf den Aktionstag der BAG offene Kinder- und Jugendarbeit illustriert dies augenfällig. Auch der schwache Organisationsgrad von Sozialarbeiter*innen in Gewerkschaften und Berufsverbänden bringt diese De-Politisierung augenfällig zum Ausdruck – und sie stellt sich als das Gegenteil einer aktiven Bewältigung auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und gegenseitiger Solidarität dar.

Nachsatz

Solidarität muss freilich erarbeitet werden und setzt gemeinsame Erfahrung solidarischen Handelns voraus. Grundlagen gemeinsamer Interessen heißt, die Diskrepanz zwischen fachlich guter Arbeit und aktueller Praxis in neoliberalen Verhältnissen beispielhaft kritisch zu thematisieren und die berufliche Praxis auch der Kinder- und Jugendarbeit als *Kritik der Verhältnisse* zu bestimmen. Zum Merkmal dieser *Selbstsolidarisierung*

wird der dann offensive Widerspruch: Widerstand zu leisten gegen neoliberale Zumutungen zeigt sich z. B. auch in Formen medialer Thematisierung und Skandalisierung, angefangen von Leserbriefen an örtliche Zeitungen bis zu Hintergrundberichten über unhaltbare Zustände (z. B. zur Gewährleistung der Öffnung offener Jugendtreffs durch Nicht-Fachkräfte) gehören zum Aktionspektrum einer Kinder- und Jugendarbeit, die dazu auch bereit sein muss, anstrengende Konflikte einzugehen. Manche sprechen von der „Demokratie als Kampfzone“ (Lindner 2022), doch muss es wohl besser heißen: Kinder- und Jugendarbeit als aktive (und taktisch aggressive) Akteurin in der politischen Arena des Gemeinwesens. Mein Vorschlag dazu lautet, sich stärker mit Basisinitiativen und Akteur*innen zu vernetzen, auch mit solchen, die nicht originär aus dem Sozialen Sektor stammen. Es sind nicht nur die Gewerkschaften, sondern Organisationen wie attac, Netzwerke wie extinction rebellion, Aktionen für Alternative Städte/Gemeinwesen, die sich einer anderen Stadtentwicklung und aggressiveren Gemeinwesenarbeit verpflichtet fühlen. Interessant sind hier z. B. die Ansätze von *Jane McAlevey* (2021), die Organizing-Methoden der US-Gewerkschaften nach Deutschland bringt, oder von *Robert Maruschke* (2014), der eine konfrontative Politik fordert. Diesen Beispielen ist gemeinsam, dass sie jeweils bestimmte Funktionsweisen der neoliberal durchorganisierten Gesellschaft in Frage stellen; so wären die Fragen der Sozialen Arbeit im Allgemeinen und der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit im Besonderen breiter in generelle Fragestellungen eingebettet. Kritische Sozialer Arbeit zielt darauf ab, langfristig auf einen grundsätzlichen Wandel des Systems hinzuwirken (vgl. die Beiträge in Wendt 2022a). In diesem Sinne ist Soziale Arbeit (und mit ihr die Kinder- und Jugendarbeit) immer mehr als „nur“ Soziale Arbeit und muss gesellschaftliche Transformationsprozesse als ihr Ziel formulieren. Dazu Menschen zu ermächtigen, Herr oder Frau ihrer selbst zu werden, ist der Kernbestandteil der Sozialen Arbeit im Allgemeinen und ausdrücklicher Auftrag an die (offene) Kinder- und Jugendarbeit im Besonderen, wobei sie in eine Vielzahl von gesellschaftlichen Verwerfungsprozessen eingebettet ist. Sich in der Arena zu behaupten,

geschieht nicht durch Fokussierung auf sich selbst, sondern in der Auseinandersetzung mit den gegebenen (politischen und sozialen) Verhältnissen – und immer auch im Zusammenspiel mit anderen Akteur*innen. Dass das nicht immer einfach ist, hat niemand behauptet. Sonst bliebe auch nur mit *Kong-fu-tse* zu sagen: „Das Rechte erkennen und nichts tun, ist Mangel an Mut“⁶?

Hinweis

- 1: Max Frisch: Biedermann und die Brandstifter (Szene 2), Frankfurt/M. 1963: 32
- 2: Luisa Neubauer im Gespräch mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland/RND, 20. Nov. 2023; URL: <https://www.rnd.de/politik/luisa-neubauer-im-interview-ueber-greta-thunberg-nahost-krieg-die-klimakonferenz-in-dubai> (13. Dez. 2023)
- 3: Im Zeitraum Februar 2016 bis Juni 2022 wurden 73 Fachkräfte der Sozialen Arbeit aus acht Bundesländern in Form teilstrukturierter Interviews zu ihren Erfahrungen in der Sozialen Arbeit im Gemeinwesen befragt und ihre Aussagen im Modus einer Grounded Theory ausgewertet. Das Material wird ausführlicher in Kernbefunden in der „deutschen jugend“ (Wendt 2023) präsentiert sowie im „Lehrbuch Soziale Arbeit im Gemeinwesen“ (Wendt 2024) eingebunden.
- 4: Max Frisch: Tagebuch 1946 - 1949, Frankfurt/M. 1972: 329
- 5: Die wiederkehrende Krise und Prekarisierung der Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Wendt 2012) als etwas Aktuelles zu beschreiben, verweist nur darauf, die zurückliegenden Infragestellungen (seit Mitte der 1970er Jahre in Dekadenfolge) nicht verstanden zu haben: Kinder- und Jugendarbeit ist, das sollte spätestens seit „Corona“ hinlänglich ins kollektive Bewusstsein der Zunft eingebrannt sein, (noch) *nicht systemrelevant*.
- 6: Kong-fu-tse zit. n. Leonhardt, R.: Philosophie für Manager, Wiesbaden 2011: 114

Literatur

- Bettinger, F.: Widerstand an allen Fronten! In: Zimmermann, I., u. a. (Hg.): Anatomie des Ausschlusses, Wiesbaden 2013: 339-431
- Graeber, D.: Direkte Aktion. Ein Handbuch, Hamburg 2013
- Lindner, W.: Demokratie-Illusionen (in) der Kinder- und Jugendarbeit; in: deutsche jugend 5/2022: 219-228
- McAlevey, J.: Macht. Gemeinsame. Sache, Hamburg 2021
- Maruschke, R.: Community Organizing, Münster 2014

Moyer, B., u. a.: Doing Democracy, Gabriola Island 2001

Seithe, M.: Zur Notwendigkeit der Politisierung der Sozialarbeitenden; in: Sozialmagazin 1-2/2013: 24-31
Ufo/Unabhängiges Forum kritische Soziale Arbeit: Zukunftswerkstatt Soziale Arbeit, Berlin 2012

Wendt (2012), P.-U.: Unter den Bedingungen des Prekariats; in: deutsche jugend 1/2012: 27-34

Wendt (2016), P.-U.: „Der Druck darf niemals nachlassen“ – Community Organizing und die Kinder- und Jugendarbeit; in: deutsche jugend 8/2016: 325-334

Wendt (2020), P.-U.: Emanzipation – Teilhabe und Empowerment; in: ders. (Hg.), Soziale Arbeit in Schlüsselbegriffen, Weinheim und Basel 2020: 134-140

Wendt (2022a), P.-U. (Hg.): Kritische Soziale Arbeit, Weinheim und Basel 2022

Wendt (2022b), P.-U.: „Ja, der Klimawandel ist nicht zu bestreiten ...“; in: Pfaff, T., Schramkowski, B., und Lutz, R. (Hg.), Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit, Weinheim und Basel 2022: 180-191

Wendt (2023), P.-U.: „Macht kann ja auch was ganz Positives sein“; in: deutsche jugend 9/2023: 369-379

Wendt (2024), P.-U.: Lehrbuch Soziale Arbeit im Gemeinwesen, Weinheim und Basel 2024



Peter-Ulrich Wendt ist Professor für Soziale Arbeit und politischer Aktivist; Kontakt: pu@pu-wendt.de.